

# Ausbleibende Waffenlieferungen – Scholz gerät vor Kiew-Besuch unter Druck

Stand: 07:43 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Klaus Geiger**  
Ressortleiter Außenpolitik

Vor rund sieben Wochen sagte der Bundeskanzler der Ukraine schwere Waffen zu. Aber bisher gibt es nur Ankündigungen. Die Union zieht nun Konsequenzen im Bundestag – und die Ukraine schickt eine klare Ansage an Scholz vor dessen möglichem Kiew-Besuch in diesem Monat.

Im Streit um Waffenlieferungen an die Ukraine kommt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erneut massiv unter Druck. Die Unionsfraktion bereitet einen Antrag vor, in dem sie fordert, den gemeinsamen Bundestagsbeschluss zur Lieferung schwerer Waffen endlich voll umzusetzen, wie aus einem Antragsentwurf hervorgeht, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, sagte derweil, er erwarte von Bundeskanzler Scholz, dass er bei seinem angekündigten ersten Kiew-Besuch, der noch im Juni stattfinden soll, die Lieferung deutscher Panzer in die Ukraine verspricht. Wie WELT aus ukrainischen Regierungskreisen erfuhr, hat die Bundesregierung zuletzt alle dringlichen Bitten der Ukraine nach einem klaren Zeitplan abgeblockt.

Am vergangenen Donnerstag gab es demnach ein Telefonat zwischen Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) und ihrem ukrainischen Kollegen Oleksij Resnikow. Die Ukraine habe in dem Gespräch unter anderem klären wollen, wann das von Scholz jüngst versprochene Mehrfachraketenwerfer-System Mars II in der Ukraine ankommen soll.

Die Antwort der Ministerin sei „nebulös und ausweichend“ gewesen, hieß es aus den Kreisen der Regierung in Kiew. Es sei nur zugesagt worden, zu prüfen, was möglich sei. Der ukrainische Minister habe auch stark auf die Lieferung der Panzer Marder und Leopard gedrängt – und keine Antwort erhalten.

Scholz hatte zuletzt die Lieferung des Luftabwehrsystems Iris-T und von Mars-Raketenwerfern versprochen. Laut einem Bericht des „Business Insiders“ gibt es aber bei beiden Systemen Probleme, weshalb sie erst in mehreren Monaten lieferbar sein sollen. Für den Schützenpanzer Marder liegt schon seit April ein Exportantrag bei der Bundesregierung vor, der bisher nicht beschieden worden ist. Zuletzt teilte der Hersteller Rheinmetall mit, dass die ersten Panzer lieferbar seien. Auch für den Leopard liegt ein Antrag vor.

Ende April hatten die Ampel-Fraktionen und die Union gemeinsam einen Antrag im Bundestag beschlossen, wonach schnellstmöglich schwere Waffen an die Ukraine geliefert werden sollten. Seither ist allerdings kaum etwas geschehen: Die Bundesregierung gab grünes Licht für sieben Panzerhaubitzen 2000, an denen derzeit die Ausbildung stattfindet, die aber noch nicht geliefert sind. Außerdem will die Bundesregierung Gepard-Panzer zur Luftabwehr liefern. Auch dies verzögert sich bisher, vor allem wegen fehlender Munition.

Schon damals hatte die Unionsfraktion gedroht, den Antrag allein im Bundestag einzubringen. Weil der Schlingerkurs der Bundesregierung bei den Waffenlieferungen auch in den vergangenen Wochen anhielt, soll nun ein neuer Antrag eingebracht werden. In dem Antragsentwurf, der der dpa vorliegt, heißt es: „Alle von der Bundesregierung eingeleiteten und angekündigten Lieferungen schwerer Waffen, wie die des Flugabwehrpanzers Gepard, der Panzerhaubitze 2000 und des Mehrfachraketenwerfers Mars sind über das Ankündigungsstadium und vorbereitende Maßnahmen nicht hinausgekommen.“

Deutschland isoliere sich mit seiner zögerlichen Haltung zunehmend unter seinen Partnern in Nato und EU. „Die Bundesregierung riskiert dabei, den Ruf Deutschlands gerade bei unseren östlichen Nachbarn und Freunden irreparabel zu beschädigen.“ Dieses zögerliche und unangemessene Verhalten bedürfe einer unverzüglichen Korrektur. „Die Bundesregierung missachtet den eindeutigen Beschluss des Parlaments“, sagte der Vizevorsitzende der Unionsfraktion, Johann Wadephul (CDU), der dpa.

In dem Antrag soll der Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern, „endlich die deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine in Quantität und Qualität unverzüglich und spürbar zu intensivieren“. Die Versprechungen im Rahmen der Ringtausch-Vereinbarungen, etwa mit Polen und Griechenland, müssten umgehend und vollumfänglich erfüllt werden.

Aus verfügbaren Beständen der Bundeswehr seien „in größtmöglichem Umfang Rüstungsgüter direkt für die Ukraine bereitzustellen und unverzüglich dorthin zu liefern“. Auch müsse die Regierung unverzüglich über Angebote aus der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie entscheiden, Material und Waffen aus Firmenhand in kürzester Zeit an die Ukraine zu liefern.

Wadephul sagte, der Bundestag habe klar die Lieferung schwerer Waffen beschlossen. „Statt wirksamer Lieferungen hören wir aus der Regierung nur Ausflüchte zu vermeintlichen Nato-Verabredungen und Ringtauschen, die nicht funktionieren.“ Der Krieg befindet sich gerade im Osten der Ukraine in einer entscheidenden Phase, in der schwere Waffen dringend benötigt würden. Die Union interessiere auch, aus welchen Gründen Kanzler Olaf Scholz die offensichtliche Hilfemöglichkeit verweigere. „Dafür hat er bisher keinen richtigen Grund genannt. Befindet er sich in Zwängen gegenüber seiner eigenen Partei oder gar gegenüber Moskau?“ Auch FDP und Grüne müssten endlich Farbe bekennen.

Der ukrainische Botschafter Melnyk sagte der dpa: „Die Ukrainer erwarten, dass der Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in Kiew ein neues Hilfspaket deutscher Rüstungsgüter verkünden wird, das unbedingt sofort lieferbare Leopard-1-Kampfpanzer sowie Marder-Schützenpanzer beinhalten soll.“ Er fügte hinzu: „Ohne deutsche schwere Waffen wird es uns leider nicht gelingen, die gewaltige militärische Überlegenheit Russlands zu brechen und das Leben von Soldaten und Zivilisten zu retten.“

Scholz will Medienberichten zufolge noch in diesem Monat zusammen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi nach Kiew reisen. Offiziell wurde der Besuch weder bestätigt noch dementiert.

Melnyk sagte, es sei enttäuschend, wie langsam Deutschland Waffen in die Ukraine liefere. Seit dem 3. Mai seien zwar sechs Millionen Schuss Munition angekommen, aber keine Waffen mehr. „Daher hoffen wir, dass die Ampel-Regierung endlich auf das Gaspedal drückt, um sowohl den Umfang als auch das Tempo massiv zu erhöhen, damit die Ukraine die russische Großoffensive im Donbass abwehren kann.“

Die Bundesregierung hatte sich zwei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine dafür entschieden, Waffen in das Kriegsgebiet zu liefern – ein Tabubruch. Seitdem kamen Panzerfäuste, Flugabwehrraketen, Splittergranaten und mehr als 20 Millionen Schuss

Munition in der Ukraine an. Schwere Waffen wie Artilleriegeschütze und Flugabwehrpanzer wurden bisher nur zugesagt.

Wie aus deiner Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dagdelen hervorgeht, wurden in den gut drei Monaten des Ukraine-Kriegs Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von 350,1 Millionen Euro in die Ukraine genehmigt. Vom ersten Kriegstag, dem 24. Februar, bis zum 1. Juni gab die Regierung demnach grünes Licht für die Lieferung von Kriegswaffen für 219,8 Millionen Euro und sonstige Rüstungsgüter wie Helme und Schutzwesten für 85,2 Millionen Euro. Hinzu kommen Waffen und Ausrüstung der Bundeswehr für 45,1 Millionen Euro, die ab dem 1. April in einem vereinfachten Verfahren genehmigt wurden. Hierfür gibt es keine Aufschlüsselung in Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter.

Das Ministerium weist in dem Schreiben an Dagdelen, das der dpa vorliegt, darauf hin, dass es sich vor allem um gebrauchtes Material der Bundeswehr handle, dessen „Zeitwert“ berechnet worden sei – nicht der teils deutlich höhere Neuwert. Zum Vergleich: Die USA haben der Ukraine von Kriegsbeginn bis zum 1. Juni nach Regierungsangaben Waffen und Ausrüstung im Wert von 4,6 Milliarden Dollar (4,37 Milliarden Euro) zugesagt oder geliefert. Dazu gehören auch schwere Waffen, etwa Haubitzen und Mehrfach-Raketenwerfer.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bat den Westen unterdessen abermals eindringlich um die Lieferung moderner Luftabwehr-Systeme. Seit der russischen Invasion im Februar seien ukrainische Städte von gut 2600 feindlichen Raketen getroffen worden, sagte Selenskyj in seiner täglichen Videoansprache am Sonntag. „Das sind Leben, die hätten gerettet werden können, Tragödien, die hätten verhindert werden können – wenn die Ukraine erhört worden wäre.“ Dabei habe das Land bereits vor dem Krieg um moderne Luftabwehr-Systeme gebeten, die bereits vor Jahren hätten geliefert werden können, sagte Selenskyj.

***„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twhCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (<https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd->***

[d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm\\_sh\\_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://www.welt.de/politik/ausland/article239322099/Ukraine-Krieg-Ausbleibende-Waffenlieferungen-Scholz-geraet-vor-Kiew-Besuch-unter-Druck...) oder direkt per RSS-Feed.

mit dpa

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239322099>